

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
täglich abends mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage für den fol-
genden Tag. Insertionspreis:
die kleinste Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.
Fernsprecher Nr. 210.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

Nr 28.

Freitag, den 4. Februar

1910.

Die Ratsexpeditionen bleiben vorzunehmender Reinigung halber

Montag, den 7. und Dienstag, den 8. Februar 1910

geschlossen.

Im Standesamte werden Anmeldungen von Geburts- und Sterbefällen vor-
mittags von 8 bis 9 Uhr entgegengenommen.

Das Schanamt ist von 5 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.
Stadtrat Eibenstock, am 1. Februar 1910.

Hesse.

M.

Die neue Fernspreckgebühren-Ordnung.

Dem Reichstage ist ein Entwurf über die Neuordnung der Fernspreckgebühren vorgelegt worden, der als Grundsatz die Erhebung sowohl einer Grundgebühr als auch einer Gesprächsgebühr für jeden Anruf an ein Fernsprecknetz aufstellt. Die Grundgebühr beträgt in Regeln von nicht über 1000 Anschlüssen 50 M., bei mehr als 1000 bis einschließlich 5000 Anschlüssen 65 M., bei 5 bis 20000 80 M., bei 20 bis 70000 90 M., bei mehr als 70000 für jede angefangenen weiteren 50000 Anschlüsse je 10 M. mehr, jährlich für jeden Anruf, der von der Vermittlungsstelle nicht weiter als 5 Kilometer entfernt ist. Für die Benutzung der Verbindungsanlage zwischen verschiedenen Regeln und Orten mit öffentlichen Fernspreckstellen sollen die Gesprächsgebühren für eine Verbindung von nicht mehr als drei Minuten Dauer betragen bei einer Entfernung bis zu 25 Kilometer 20 Pf., 50 Kilometer 25 Pf., 100 Kilometer 50 Pf., 250 Kilometer 75 Pf., 500 Kilometer 1 M., 750 Kilometer 1,50 M., 1000 Kilometer 2 M., über 1000 Kilometer für jede angefangenen weiteren 250 Kilometer 50 Pf. mehr. Die Fernspreckteilnehmer solcher benachbarten Orte, die eine gemeinsame Ortsstelle für Briefe erhalten, dürfen mit Regeln der anderen benachbarten Orte gegen die Gebühr von 4 Pf. für jede Verbindung sprechen; wollen sie von dieser Befugnis Gebrauch machen, so haben sie, falls die Grundgebühr in einem dieser Nachbarorte höher ist als in ihrem eigenen Orte, an Stelle der letzteren jene höhere Grundgebühr zu zahlen.

Die Begründung des Entwurfes führt folgendes an: Die Zahl der Gespräche ist im allgemeinen umso größer, je ausgedehnter das Ortsnetz ist; bei Anschlüssen gegen Pauschgebühren ist aber die mit der Größe des Netzes verbundene Steigerung der Gesprächszahl erheblich stärker als bei Anschlüssen gegen Grund- und Gesprächsgebühren. Unter den Pauschgebührenteilnehmern gibt es eine Anzahl von solchen, die ihren Anruf besonders weit über den Durchschnitt hinaus, zum Teil über 50000 mal im Jahre benutzen. Es sind dies Güterabfertigungsstellen, Speditoren, Baugeschäfte, Restaurateure, Banken, Warenhäuser und dergleichen. Diesem Unterschied in der Benutzung der Anschlüsse entsprecht die bisher geltende Abstrichung der Gebühren nicht. Bei einzelnen, besonders stark benutzten Pauschgebühreneranschlüssen entfällt auf das Gespräch ein viel geringerer Betrag bis herab auf 0,10 Pf. Der hohe Satz der einzelnen Gespräche in der ersten Klasse erklärt sich daraus, daß viele Teilnehmer die Mindestzahl von 400 Gesprächen jährlich nicht erreichen, gleichwohl aber den Betrag von 20 M. entrichten müssen. Die bisherige Verteilung der Fernspreckgebühren wurde daher besonders in den Regeln mit geringerer Teilnehmerzahl als drückend und ungerecht empfunden, weil sich nur wenig Gelegenheit bot, Ortsgespräche zu führen und daher die Ausnutzungsmöglichkeit des Anschlusses sehr beschränkt war.

Der vorgeschlagene Tarif stellt sich für alle Teilnehmer, die schon jetzt Grund- und Gesprächsgebühren entrichten, günstiger als der bisherige, da er ihnen bei weiterer Anwendung von 20 M. für Ortsgespräche (die bisherige Gebühr für die 100 Pflichtgespräche) infolge der Herabsetzung der Grundgebühr eine Ermäßigung von 10 M., bei Beschränkung der Ortsgespräche auf die Zahl der bisherigen Pflichtgespräche eine Ermäßigung von 14 M. und im übrigen Ermäßigung bis zu 30 M. gewährt. Eine Gebührenermäßigung erfahren ferner die jetzigen Pauschgebührenteilnehmer mit nicht besonders starkem Verkehr; für die Pauschgebührenteilnehmer mit hohen Gesprächszahlen tritt eine Erhöhung der Gebühren ein. Selbst wenn die Gesprächszahl bei den Pauschgebührenteilnehmern die gleiche bliebe wie bisher, würde der neue Tarif für 66 v. H. aller Teilnehmer eine Gebührenermäßigung ergeben, während für 34 v. H. eine Mehrbelastung einträte. In Wirklichkeit wird jedoch die Zahl der Gespräche bei den Pauschgebühreneranschlüssen eine erhebliche Verminderung erfahren und dementsprechend der Prozentsatz der Teilnehmer, die künftig weniger zahlen werden als bisher, noch größer sein.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Kaiser und die Kaiserin Katastrophe. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ teilt amtlich mit, daß der Kaiser durch den Botschafter Fürsten von Radolin der französischen Regierung seine Teilnahme an dem Unglück hat ausdrücken lassen, von dem Paris und Frankreich heimgesucht worden sind. Zur Linderung der Not hat der Kaiser einen Beitrag von 20000 M. gespendet.

Das Großherzogspaar von Sachsen-Weimar in Berlin. Der Großherzog und die Großherzogin von Sachsen-Weimar sind Mittwoch nachmittag auf dem Anhalter Bahnhof eingetroffen. Zum Empfang waren der Kaiser und Prinzessin Cécile Friedrich erschienen. Das Großherzogspaar nahm im Schloß Wohnung.

Fürst Bälou wird demnächst in Berlin eintreffen, um dort dem am 19. d. M. stattfindenden Familientage derer von Bälou zu präsidieren. Der Familientag soll u. a. Beschluß fassen über ein dem Generalfeldmarschall Grafen Bälou von Dennewitz in Dennewitz zu errichtenden Denkmals anläßlich der hundertjährigen Wiederkehr des Schlacht-tages am 6. September 1813.

Die Schiffsabgaben. Eine Plenar-sitzung des Bundesrats zur Verhandlung über den preußischen Antrag auf Schiffsabgaben hat am vergangenen Mittwoch noch nicht stattgefunden. Es steht auch noch nicht fest, ob sich die Bundesratsmitglieder in ihrer Plenar-sitzung am heutigen Donnerstag mit dem Antrage beschäftigen werden. Mit der Angelegenheit sind zunächst noch immer die zuständigen Bundesratsausschüsse befaßt. Und zur Teilnahme an den Beratungen dieser Ausschüsse wollen die Minister verschiedener Einzelstaaten in Berlin. Uebers Rnie wird die Entscheidung also nicht gedrohen werden.

Der deutsche Reichstag und das otto-manische Parlament. Anläßlich des Brandes des ottomanischen Parlamentsgebäudes hatte der Präsident des Deutschen Reichstages an den Präsidenten des ottomanischen Parlaments ein Beileidstelegramm gerichtet. Die türkische Regierung hat durch ihren Botschafter in Berlin dem deutschen Auswärtigen Amte dafür warmen Dank ausgesprochen. Eine direkte Dankagung seitens des ottomanischen Parlaments ist nicht erfolgt.

Unsere Reichsfinanzen. Die Veröffentlichungen des Reichsanzeigers über die Einnahmen des Reiches an Zöllen und Steuern in den letzten neun Monaten des verfloffenen Jahres sind mit Genugtuung aufgenommen worden. Man muß sich vergegenwärtigen, daß das Jahr 1908 noch mit einem Defizit von 120 Millionen abschloß, weil die Erträge an Steuern und Zöllen so erheblich hinter dem Voranschlag zurückblieben. Wenn nun die Ergebnisse vom April bis Dezember 1909 einen Mehrertrag über das Vorjahr von 185 Mill. aufweisen, so ist dieser Ueberschuß zwar durch das besonders ungünstige Jahr 1908 beeinflusst, andererseits aber darf man doch in diesem Mehrertrag ein sichtbares Zeichen einer allmählichen Erstarkung unseres wirtschaftlichen Lebens und einer Gesundung unserer Reichsfinanzen sehen. Freilich hat unsere Finanzgebarung auch weiterhin noch unter den großen Rückständen aus den Jahren 1906 bis 1909 zu leiden, die entstanden sind aus den Fehlbeträgen der letzten Jahre, deren rückständigen Matrikularbeiträgen und aus den Befolgungserhöhungen. Und deswegen wird das Gesetz äußerster Sparsamkeit auch fernerhin für die Befüllung unserer Reichs-etats maßgebend sein müssen. Wenn aber die letzte Ausweise der Reichseinnahmen in dem bezeichneten Abschnitt so erhebliche Mehrerträge nachweisen, wie z. B. die Brau-steuer mit einem Plus von 14,5 Mill. und die Reichskampel-abgaben von Wertpapieren mit 9,5 Mill., von Kauf- und anderen Anschaffungsgeschäften mit 7,5 Mill., so beweisen diese Zahlen, daß sowohl die alten Steuern sich in einer erfreulichen Entwicklung befinden, und daß auch die neuen Steuern den auf ihre Ertragsfähigkeit gesetzten Erwartungen entsprechen. Und wenn man ferner berücksichtigt, daß es für das kommende Jahr gelungen ist, den ursprünglich angenommenen Anleihebedarf allen Befürchtungen zum Trotz in einer Grenze zu halten, die weit unter den gesetzlich eröffneten Krediten liegt, so sind hierin doch sichtbare Zeichen für einen sich allmählich vollziehenden Gesundungsprozess in unseren Reichsfinanzen zu erblicken, der den noch im vorigen Jahr auch vom Auslande an unserem Anleihebedarf vielfach geübten abfälligen Kritiken die Berechtigung entzieht.

Die deutsch-französischen Handelsbe-ziehungen. Die deutsche Regierung hat der französischen bedeutet, daß sie zu Gegenmaßnahmen schreiten würde, falls der französische Senat den von der Deputiertenkammer beschlossenen, gegen die deutsche Einfuhr gerichteten Zollerhöhungen ohne Rücksicht auf die deutschen Beschwerden und Wünsche zustimmen sollte. Regierung und Reichstag sind völlig einig darin, daß in diesem Falle alles geschehen müsse, um die französische Einfuhr nach Deutschland durch entsprechende Repressalien empfindlich zu treffen.

Die Wahlrechtsvorlage ist dem preußischen Landtage zugegangen. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ meldet amtlich: Der Kaiser und König hat dem Präsi-

denten des Staatsministeriums und den Ministern der Justiz und des Innern die Ermächtigung erteilt, den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Vorschriften über die Wahlen zum Hause der Abgeordneten dem Landtage vorzulegen.

Sozialdemokratische Protestver-samlungen gegen Oldenburg. Die drei öffentlichen Volksversammlungen, die am Dienstag die Berliner Sozialdemokraten veranstalteten, um über „Junger und Reichstag“ zu Gericht zu sitzen, waren so zahlreich besucht, daß die Säle gesperrt werden mußten. Nach Schluß der Versammlungen bildeten sich an mehreren Stellen große Ansammlungen und Züge, die aber ohne Anwendung von Waffengewalt zerstreut wurden, so an der Ecke Müller- und Schulzendorferstraße, Müller- und Lymarstraße, Liefen- und neuen Hochstraße, in der Friedenstraße bis nach dem Landsberger Platz hin und in der Gegend des Gewerkschaftshauses.

Deutsche Kolonien.

Eine Erklärung des Gouverneurs von Schuchmann. Aus Windhuk, 1. Februar wird telegraphiert: Dem Gouverneur von Schuchmann bereite die Bürgerschaft bei seiner Rückkehr einen herzlichen Empfang. Herr von Schuchmann erklärte, er beabsichtige von seinem Posten zurückzutreten und werde am 8. Februar die Heimreise antreten.

Hebung des Handels in Südwestafrika. Das Bestreben unseres Staatssekretärs Dernburg, Industrie und Gewerbe in unserer südwestafrikanischen Kolonie zu heben, hat immerhin schon guten Erfolg gehabt. In Windhuk ist eine Korporation der Kaufmannschaft gegründet worden, die den Handelstammern in Deutschland nachgebildet ist. Unter den industriellen Unternehmungen, die Landprodukte verarbeiten, sind an erster Stelle die Brennereien zu nennen. Weintrauben, Mais und Kaffernkorn kommt bei ihnen zur Verarbeitung. Einen verheißungsvollen Anlauf nahm die Schuhfabrikation verbunden mit der Gerberei. Die Felle werden in der Gerberei verarbeitet und aus dem gewonnenen Leder wird größeres Schuhzeug unter Anwendung einer Reihe ganz moderner Maschinen, die von angelegenten Schwarzern bedient werden, fabriziert. Durch die Verarbeitung einheimischer Produkte und durch die fast ausschließliche Verwendung eingeborener Arbeitskräfte erhielt das Unternehmen eine gewisse Festigkeit, eine weitere Entwicklung scheidete aber vorläufig an der Personenfrage der von Deutschland engagierten Handwerker. Die Weinkelereien wurden durch den reichen Ausfall der Traubenernte begünstigt. Die Bierbrauereien hatten guten Absatz. Die zum Brauereibetrieb notwendigen maschinellen Anlagen, die stetig ergänzt werden müssen, um den Betrieb auf der Höhe zu halten, erfordern ein größeres Kapital, das im Schutzgebiet hoch verzinst werden muß. Außerdem benötigt der Betrieb eine große Anzahl weißer Angestellter, die bei der Wichtigkeit und Verantwortung ihrer Tätigkeit gut bezahlt werden müssen. Der in der Nähe von Otjambanja gewonnene Kalk hat sich als gut brauchbar erwiesen, so daß von einem Kalkwerk allein 120 Waggon zum Versand gebracht werden konnten. Es geht also auf dem Gebiete der Industrie und des Gewerbes vorwärts, wenn auch, wie das bei dem Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz nicht anders zu erwarten ist, sehr langsam.

Die Viehzucht in Kiautschou. Unser Gouvernement schenkt der Viehzucht in unserer Kolonie Kiautschou die größte Aufmerksamkeit. Die Bedeutung der Aufzucht von Schweinen ist von der chinesischen Bevölkerung voll anerkannt worden. Neuerdings werden in einigen Dörfern Zuchtversuche durch Kreuzungen chinesischer (schwarzer) Schweine mit deutschen und englischen Ebern gemacht, zum Teil wird auch Kreuzung deutscher und englischer Rassen in solchem Umfange und mit derartigem Erfolge getrieben, daß die Einfuhr weißer europäischer Schweine von Schanghai fast ganz aufgehört hat. Auf der anderen Seite hat die Ausfuhr chinesischer Schweine, welche in früheren Jahren über Tsingtau mit Dschunken nach südchinesischen Hafenplätzen geleitet wurde, infolge der erleichterten Verkehrsverhältnisse (Eisenbahn, Hafen) stark zugenommen und geht jetzt zum größten Teil über Tsingtau. Die Herstellung eines Rinderpestserums mit einheimischem Tiermaterial ist gelungen, man hat japanische Kälber nicht, wie beabsichtigt war, einzuführen brauchen.

England.

Die Zusammensetzung des Unter-hauses. Nach dem endgültigen Wahlergebnisse setzt sich das neue englische Unterhaus zusammen aus 273 Konservativen, 275 Liberalen, 40 Sozialisten, 69 Nationalisten und